



► **Nr. 2024/12878-01-01**
öffentlich

Lübeck, 21.06.2024

Antwort -öffentlich-

Verantwortliche Bereiche:
2.500 - Soziale Sicherung

Bearbeitung: Melanie Wiesen (E-Mail: melanie.wiesen@luebeck.de Telefon: 122-4442)

Antwort auf Anfrage von AM Juleka Schulte-Ostermann (GAL): Si- tuation männlicher Opfer häuslicher Gewalt in Lübeck

Beratungsfolge:

Datum	Gremium	Status	Zuständigkeit
01.07.2024	Senat	Nichtöffentlich	zur Senatsberatung
16.07.2024	Hauptausschuss	Öffentlich	zur Kenntnisnahme

Anlass:

Im Hauptausschuss am 26.03.2024 wurde die Vorlage 2024/12878-01 „Situation männlicher Opfer häuslicher Gewalt in Lübeck“ besprochen. Rückfragen dazu werden wie folgt beantwortet:

Antwort:

- 1) Wie viele der schutz- und hilfesuchenden Männer haben bereits zuvor um Schutz gebeten und diesen erhalten?**
- 2) Wie viele der Männer haben keine Hilfen erhalten können, bevor sie erneut um Schutz gebeten haben?**

Die o.g. Anfragen lassen sich aufgrund fehlender Statistiken sowie in Lübeck nicht vorhandener, entsprechender Einrichtungen, nicht über die in der Antwort VO/2024/12878-01 hinausgehenden Informationen beantworten. Über die o. g. Sachverhalte liegen keinerlei Informationen oder statistische Aufzeichnungen vor, so dass derlei Informationen nicht bekannt sind.

- 3) Welche konkreten politischen Maßnahmen sind von der Kommunalpolitik in Lübeck aus Sicht der Verwaltung zu ergreifen, um betroffenen Männern einen bedarfsgerechten Schutz bieten zu können?**

In 2023 wurden 37 Daten seitens der Polizei an die AWO Erstberatungsstelle übermittelt, aus denen männliche* Geschädigte hervorgehen. Aus diesen Zahlen lassen sich letztlich jedoch noch keine Bedarfe ableiten, so dass der wirkliche Bedarf sich derzeit nicht beziffern lässt.

Im Rahmen der Bestandsaufnahme zur Istanbul Konvention in Lübeck wurde insbesondere von den Frauenfacheinrichtungen der Bedarf einer Beratungsstelle für Jungen und Männer in

Lübeck benannt. Aufgrund der nun aufgetretenen Fragestellungen sollte der geäußerte Bedarf nach einer Männerberatungsstelle im Rahmen des zu erstellenden Aktionsplans geprüft werden.

Anlagen:

./.

Senatorin Pia Steinrücke